

14. September 2011

Soziale Marktwirtschaft erhalten - Sozialpartnerschaft stärken

Sozialpartnerschaften stärken - Mitbestimmung und demokratische Teilhabe in Betrieben ausbauen

Ronald Schminke, SPD

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich CDU und FDP auf den Weg begeben, mit einem Antrag die Sozialpartnerschaft zu stärken, dann gehen bei uns die Alarmglocken an. Denn bisher haben Sie sämtliche Forderungen, die Mitbestimmungsrechte und demokratische Teilhabe in Unternehmen und in Betrieben auszubauen, konsequent verhindert, meine Damen und Herren.
(Beifall bei der SPD)

Ihre Interpretation von betrieblicher Teilhabe ist eine völlig andere als unsere. Sie dreschen Phrasen, alles heiße Luft, aber in der Praxis lassen Sie zu, dass immer mehr Menschen von wirklicher Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Der Niedriglohnsektor wird immer größer. Lohndrückerei und Leiharbeit zu Hungerlöhnen sind in diesem Land an der Tagesordnung. In der Aufschwungphase sind 35 % aller Neueinstellungen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Outsourcing und die Erpressung ganzer Belegschaften sind Realität. Damit wollen wir Sozialdemokraten uns überhaupt nicht abfinden. Darum setzen wir uns für die Stärkung von Arbeitnehmerrechten konsequent ein, meine Damen und Herren.
(Beifall bei der SPD)

Auch eine Fortschreibung der Betriebsratsrechte in der Betriebsverfassung ist längst überfällig. Betriebsräte müssen in ihrer Rechtsstellung deutlich gestärkt werden. Das ist unsere Position, die wir auch im Schulterschluss mit den Gewerkschaften ausdrücklich teilen. Immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen über einen Betriebsrat. In Westdeutschland sind es 45 %. In Ostdeutschland sind es nur noch 37 %. Ohne Tarifvertrag und ohne Betriebsrat arbeiten in Westdeutschland 31 %, in Ostdeutschland sogar 47 % aller Beschäftigten.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind traurig und skandalös. Das wollen wir ganz schnell verändern. Wir stehen für mehr Mitbestimmung. Also ermuntern wir erst einmal alle Frau König, ich betone ausdrücklich: alle Betriebe, sich einen Betriebsrat zu wählen. Denn das ist die Voraussetzung für eine vernünftige Sozialpartnerschaft, die Sie mit Ihrem Antrag eigentlich auch stärken wollten.

(Klaus Rickert [FDP]: Haben sie denn ausreichend Kandidaten?)

Anständige Tarifverträge sind für uns unverzichtbar, und wir wollen auch die bewährte Tarifautonomie der Tarifpartner in keiner Weise antasten. Auch das sagen wir hier deutlich.
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden andererseits die Willkür und Alleinherrschaft eines Industriepatriarchen zulasten seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht tatenlos hinnehmen. Wir akzeptieren keine

Vorkommnisse wie bei Atlas und werden auf Zustände wie bei Schlecker, Netto, KiK und Lidl mit Veränderungen der Rechtslage reagieren müssen.
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn da, meine Damen und Herren, werden Menschen zumeist Frauen einseitig und mit übelsten Methoden um viel Arbeitszeit und Geld betrogen. Während Sie, meine Damen und Herren, regelmäßig erst dann wach werden, wenn „Monitor“ oder „Report München“ über diese skandalösen Vorgänge bei Schlecker und anderen Discountern berichten, wollen wir präventive Maßnahmen ergreifen, um dieses moderne Sklaventum zu beseitigen.
(Beifall bei der SPD)

Ausbeutung darf erst gar nicht möglich werden. Hier sind Betriebsräte gefordert, Frau König, und hier wäre sicherlich auch an vielen Stellen die Staatsanwaltschaft sinnvoll. Denn das ist oft auch gleichbedeutend mit Rechtsbeugung zum Nachteil der Beschäftigten. Das ist sehr oft Sozialversicherungsbetrug und Steuerhinterziehung, und das ist vor allem insbesondere würdelos. Das ist ein Angriff auf die Würde der Menschen, und das darf man nicht zulassen.
(Beifall bei der SPD)

Wir wollen starke Betriebsräte, Konzern- und Gesamtbetriebsräte und eine moderne Betriebsverfassung, die bei Betriebsaufspaltungen oder bei Neugründungen von konkurrierenden Servicegesellschaften auch Einwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Betriebsräte möglich machen. Sie möchten den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hingegen noch mehr Flexibilität und noch mehr Verantwortung aufdrücken, aber immer weniger Schutz bieten. Das ist Ihre Denke, und das spiegelt sich auch so in Ihrem Antrag wider. Sie dürfen deshalb auch nicht davon ausgehen, dass wir Ihrem substanzlosen Antrag zustimmen. Das ist ein schlechter Beitrag; wir haben das längst geblickt.

Meine Damen und Herren, das Demokratieverständnis darf nicht am Werkstor enden. Betriebs- und Personalräten darf die Fortschreibung einer modernen Mitbestimmung nicht erschwert werden. Es sind oft genug Betriebsräte und Gewerkschaften, die mit innovativen Konzepten dringend nötige Umstrukturierungen in den Konzernen anstoßen, die Einsparpotenziale aufzeigen und dafür sorgen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorübergehend zum Wohle des Unternehmens auf Gehaltsanteile verzichten.

Das alles haben wir erlebt. Die Mehrheit eines Betriebes hat das insbesondere in Krisenzeiten auch akzeptiert. Es sind oft genug Gewerkschaften und Betriebsräte, die Versäumnisse des Managements mit eigenen Vorschlägen korrigieren. Es sind auch oft genug Betriebsräte und Gewerkschaften, die mit ihren Konzepten beim ökologischen Umbau der Industriegesellschaft helfen. Wir als SPD-Fraktion haben das erkannt, und wir werden das Gesprächsangebot annehmen und die Sozialpartner einbinden.
(Beifall bei der SPD)

In der Begründung Ihres Antrages haben Sie sich bemüht, einige Stationen der Entstehung unserer heutigen Betriebsverfassung aufzuschreiben. Eines haben Sie sicherlich mit Absicht außen vor gelassen: Es gibt den sogenannten Dritten Weg für Tendenzbetriebe. Der passt nun absolut nicht mehr in dieses Jahrhundert. In vielen kirchlichen Einrichtungen sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Bittstellern degradiert. Es gibt kein Streikrecht für sie, und die sogenannte MAV, die Mitarbeitervertretung, darf bestenfalls um Tarifierhöhungen betteln. Meine Damen und Herren, das sind Bittsteller. Der Dritte Weg ist ein qualvoller Weg für sehr viele Menschen in kirchlichen Pflegeheimen, Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Klosterbrauereien und sonstigen Einrichtungen der Kirche. Sie sollten dieses

Bittstellertum schnellstmöglich beseitigen. Das wäre ein Akt der Gnade und ein Stückchen Wiedergutmachung. Ich meine, es ist an der Zeit, dies zu tun, meine Damen und Herren.
(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Meine Damen und Herren, lassen Sie uns kollektiv den Antrag von CDU und FDP vergessen! Denn er ist grottenschlecht und substanzlos. Der SPD-Antrag hat hingegen eine gute Zielsetzung. Unser Antrag bekennt sich ausdrücklich zu wirklicher Mitbestimmung und demokratischer Teilhabe in den Betrieben, und er ebnet den Weg, die notwendigen Modernisierungen und Mitbestimmungsrechte anzupacken und insbesondere mit den Sozialpartnern zu diskutieren.

Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung von Enno Hagenah [GRÜNE])